

Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in Zeiten der Covid-19-Pandemie in Brasilien

Carolina Alves Vestena

Fast zwei Jahre sind seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 vergangen. Die Bevölkerung der lateinamerikanischen Länder und insbesondere in Brasilien bleibt trotz Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung weiterhin stark davon betroffen. Bis Ende August 2021 registrierten die brasilianischen Behörden 20 Millionen Covid-19-Fälle, nur in den USA und in Indien waren zu diesem Zeitpunkt mehr Fälle bekannt. Mehr als eine halbe Million Menschen sind in dem Land mit oder an Covid-19 gestorben. In der weltweiten Statistik absoluter Todeszahlen liegt Brasilien damit auf Rang zwei, hinter den USA. Obgleich die Impfkampagne auch in Lateinamerika im Laufe des Jahres 2020 angelaufen ist, waren bis Ende August 2021 nur ca. 25 Prozent der Bevölkerung in Brasilien durch eine Impfung geschützt (Mathieu et al. 2021). Damit bleibt die Gefahr für Mutationen und weiterhin hohe Ansteckungs- und Todeszahlen in dem Land groß. Die schwierige Lage der Brasilianer:innen lässt sich durch globale Hierarchien und Ungleichheiten in der Verfügbarkeit von Impfstoffen sowie die politischen Kontextbedingungen erklären.

Die Impfpolitik der Regierung von Jair Bolsonaro (seit Januar 2019 im Amt) ist durch eine Reihe von Korruptionsvorwürfen und intransparente Entscheidungen gekennzeichnet (s. Zilla in diesem Band). Von den brasilianischen Medien werden täglich Beispiele thematisiert, die auf ein Impfmanagement hinweisen, das eher die persönlichen Bereicherungen einiger Regierungsmitglieder zum Ziel hat als den Schutz der Bevölkerung und des Lebens. Den Aufdeckungen einer parlamentarischen Untersuchungskommission (*Comissão Parlamentar de Inquérito*, sog. *CPI da Pandemia*) ist es zu verdanken, dass solche Informationen überhaupt öffentlich wurden. Die CPI tagt seit April 2021 für 180 Tage mit dem Ziel, Aktionen und Unterlassungen der Regierung zu ermitteln, die möglicherweise zu unregelmäßiger Beschaffung oder Veruntreuung öffentlicher Mittel im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie geführt haben (CPI 2021). Zivilgesellschaftliche Gruppen und Akteur:innen des brasilianischen Parteienspektrums protestieren seit Wochen gegen das krisenhafte Pandemie-

Management und versuchen Jair Bolsonaro für die hohen Todeszahlen öffentlich zur Verantwortung zu ziehen.

Um die Menschenrechtslage in Brasilien im Kontext der Pandemie beurteilen zu können, ist die Analyse des Corona-Managements der Regierung von zentraler Bedeutung. Für ein umfassendes Verständnis der Entwicklungen der Menschenrechte in dem Land bedarf es darüber hinaus jedoch einer politischen Einordnung der Regierung Bolsonaro selbst, die über die Pandemiepolitik hinausgeht. Im Folgenden möchte ich daher zunächst einen Überblick über die politischen Charakteristika der brasiliensischen rechtspopulistischen Regierung geben. Hierbei konzentriere ich mich auf die kalkuliert chaotische politische Strategie im Umgang mit der Pandemie und in Bezug auf das brasilianische Gesundheitssystem. Anschließend diskutiere ich drei zentrale Probleme mit Bezug auf die Lage der Menschenrechte in Brasilien, die sich vor allem durch die zunehmende Prekarisierung und den Anstieg von Gewalt im ländlichen und städtischen Raum manifestieren. Im Fazit betrachte ich die Verbindung dieser Menschenrechtsverletzungen, um den akuten Grad der politischen und sozialen Krise in dem Land zu betonen. Für meine Darstellung beziehe ich mich hauptsächlich auf Medienberichte, Sekundärliteratur und Dokumente von Nichtregierungsorganisationen.

Chaos als Regierungsstrategie

Seit 2019 wird Brasilien von einem populistischen Rechtsradikalen regiert. Cas Muddes' Konzept der populistischen radikalen Rechten inspiriert aktuelle Versuche die konservative Wende der lateinamerikanischen Regierungen zu interpretieren (Mudde 2013; Mudde/ Kaltwasser 2013). Über lange Zeit war Populismus in Lateinamerika mit progressiven Regierungen verbunden, die versuchten ein gewisses Maß an Inklusion und Umverteilungspolitik in einer der am stärksten durch Ungleichheit geprägten Regionen der Welt zu fördern (s. etwa Brand 2016). Der Populismus Jair Bolsonaros verfolgt jedoch das Gegenteil (Chueri 2018). Seine politischen Positionen unterscheiden sich nicht von denjenigen europäischer Rechtsradikaler: Er verstärkt soziale Spaltung, greift auf Anti-Establishment- und Anti-Wissenschafts-Diskurse zurück und fördert die soziale Ausgrenzung seiner Gegner:innen (Chueri 2018; Lasco 2020).

Im Kontext des konservativen Wandels in Lateinamerika stützt sich das populistische rechtsradikale politische Projekt von Bolsonaro auf eine nationalistische, chauvinistische und ausgrenzende Ideologie, die von der sozialen Polarisierung im Land profitiert. Während des Wahlkampfs und

nach seiner Wahl griff er auf eine typisch rechte Kommunikationsstrategie zurück: Er mobilisiert seine Anhänger:innen gegen konstruierte Feinde, vor allem gegen indigene Völker, Frauen und Menschenrechtsaktivist:innen (Anderson 2019).

Seine Regierung wird von drei konservativen Gruppen des Landes gestützt: dem Agrobusiness, den evangelikalen neopentekostalen Kirchengemeinden und Vertreter:innen der Waffenindustrie (Biroli 2021; Quadros/Madeira 2018). Diese drei Gruppen sind im brasilianischen Parlament repräsentiert und bildeten Bolsonaros Anhänger:innenschaft als er während der Zeit der Arbeiterpartei-Regierungen unter Luis Inácio Lula da Silva (2003–2010) und Dilma Rousseff (2011–2016) als Bundestagsabgeordneter im Parlament saß.¹ Die zum Teil unterschiedlichen Interessen dieser drei Gruppen konvergieren unter Bolsonaro zu einem rechtsradikalen Projekt mit Übereinstimmung in Bezug auf Fragen der Sicherheit und Ordnung, auf die Vorstellungen über die Rolle der sogenannten traditionellen Familie in der Gesellschaft sowie auf einen neoliberalen Wirtschaftskurs mit einem Schwerpunkt in den Bereichen Agrarexportwirtschaft und Rohstoffexporte (Vestena 2020). Austerität, Privatisierungen und Kürzungen bei öffentlichen Investitionen sind die Grundprinzipien von Bolsonaros Wirtschafts- und Sozialpolitik (Domingues 2020: 3). Der aktuelle Wirtschaftsminister Paulo Guedes, der während der Pinochet-Diktatur in Chile ausgebildet wurde, symbolisiert Domingues (2020) zufolge diese Verflechtung neoliberaler Wirtschaftspolitik mit politischem Autoritarismus.

Bereits das während des Wahlkampfs 2018 vorgestellte Regierungsprogramm sah die Förderung eines privaten Gesundheitswesens und das Einfrieren der Ausgaben für das universelle Gesundheitssystem (*Sistema Único de Saúde*, SUS) vor. Das SUS ist die zentrale Säule der brasilianischen Gesundheitspolitik und weltweit für seinen universellen, kostenfreien und flächendeckenden Charakter bekannt (Castro et al. 2019). Anstatt die Kapazitäten des SUS zu stärken – eine Strategie, die gerade für den Umgang mit der Pandemie sowie für die Impfkampagne relevant gewesen wäre – setzte sich Bolsonaro im Rahmen einer Staatsreform im Jahr 2019 für die Reduzierung der Personalkosten in den öffentlichen Krankenhäusern

1 Obwohl Bolsonaro 2018 als Mitglied der Sozialliberalen Partei (*Partido Social Liberal*, PSL) gewählt wurde, verließ er diese Partei aufgrund einer internen Führungs-krise und angeblicher Korruptionsaffären am Ende des ersten Regierungsjahres (Mazui/Rodrigues 2019). Parteiwechsel sind jedoch kein Novum in seiner politi-schen Karriere. Seit seinem ersten Amt als regionaler Abgeordneter im Bundesstaat Rio de Janeiro 1989 war Bolsonaro Mitglied in acht verschiedenen Parteien (Lan-gevin 2020).

und im Gesundheitsministerium ein (Bravo/Pelaez 2020: 201). Die Kürzungen betrafen zudem Versorgungsleistungen in ländlichen Regionen sowie Programme zur Bekämpfung anderer Krankheiten, wie das Pionierprogramm zur Kontrolle von Ansteckungen durch HIV. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung Bolsonaros kann mit Konzepten wie dem liberalen Wohlfahrtschauvinismus oder dem autoritären Neoliberalismus beschrieben und analysiert werden, nämlich in dem Sinne, dass konkrete soziale Leistungen und der Zugang zum Gesundheitssystem ausschließlich bestimmten Teilen der Bevölkerung gewährt werden (Falkenbach/Greer 2018).

Die Covid-19-Pandemie hat darüber hinaus eine neue zerstörerische Energie in der ohnehin gespaltenen brasilianischen Gesellschaft freigesetzt. Die erste Reaktion der Regierung auf deren globalen Ausbruch war von Verleugnung geprägt (Lasco 2020: 1). Seit dem ersten bestätigten Fall von Covid-19 in Brasilien (25. Februar 2020) hat Bolsonaro die Risiken der Pandemie heruntergespielt. In seinen Reden versuchte er die Bevölkerung darüber zu versichern, dass es sich nur um eine „milde oder kleine Erkältung“ handele, oder dass die Brasilianer:innen dem Virus widerstehen könnten, da sie an viel schlimmere hygienische Bedingungen gewöhnt seien (Lasco 2020: 4). Außerdem kritisierte er lokale Reaktionen und Versuche das Pandemiegeschehen einzudämmen. Die internationale Bestürzung sah Bolsonaro ebenfalls als übertrieben an. Die Regierung nahm die Angst der Bevölkerung nicht ernst und nutzte die bestehende Wirtschaftskrise als Rechtfertigung dafür, um auf eine bundesweite Schutzstrategie zu verzichten. Da soziale Isolation in vielen sozialen Konstellationen in Brasilien, insbesondere in den städtischen Armutsvierteln (Favelas), kaum möglich ist, ging Bolsonaro davon aus, dass sich ärmere Brasilianer:innen sowieso irgendwann mit dem Virus anstecken würden. In diesem Sinne sollte die ohnehin krisenhafte Wirtschaft nicht durch Lockdowns gefährdet werden, um die Bevölkerung zu schützen. Die Regierung setzte sich ihrerseits für die sogenannte „Herdenimmunität“ ein und startete im Juli 2020 eine Onlinekampagne (*#BrazilCannotStop*), um die Brasilianer:innen dazu aufzurufen, wieder an die Arbeit zu gehen. Die wirtschaftliche Erholung wurde als nationale Priorität vor die Gesundheit der Bevölkerung gestellt (Lasco 2020: 1421).

Währenddessen versuchten Gouverneure die Bevölkerung über die Notwendigkeit der Einhaltung von Isolationsmaßnahmen zu ihrem eigenen Schutz aufzuklären. Nachdem Bolsonaro sich selbst mit dem Virus infiziert hatte, nutzte er seine Genesung als Beispiel für die Wirksamkeit von Hydroxychloroquin, einem Medikament, das u.a. zur Behandlung von Malaria eingesetzt wird. Er ignorierte die wissenschaftliche Kontroverse um

dieses Medikament, das in mehreren Ländern aus den Behandlungsverfahren in Bezug auf Covid-19 ausgeschlossen wurde (Ricard/Medeiros 2020).

Wie Donald Trump in den USA reproduzierte auch Bolsonaro Verschwörungsmythen über die Herkunft des Virus und stellte die Rolle der Weltgesundheitsorganisation in Frage. Dabei mobilisierte er die bekannten Spaltungen und dichotomen Gegenüberstellungen populistischer Politik: die brasilianische „Nation“ gegen die globalen Gegner (insbesondere China und die WHO), der *common cense* des „guten Bürgers“ gegen das Wissen der globalen Gesundheitsexpert:innen, der Kampf für Freiheit vonseiten der brasilianischen Bundesregierung gegen die restriktiven Maßnahmen der regionalen Gouverneure (Domingues 2020). Letztere wurden stark diskreditiert, sei es, weil sie Maßnahmen zur sozialen Isolation vertraten oder lediglich, weil sie empfahlen, ganz basalen individuellen Schutzmaßnahmen zu folgen, wie zum Beispiel Mund-Nasen-Masken zu tragen (Lasco 2020).

Bei einem umstrittenen Ministertreffen im April 2020 drohte Bolsonaro, er würde alle möglichen Anstrengungen unternehmen, um die Gouverneure für den irregulären Einsatz öffentlicher Gelder im Kampf gegen die Pandemie verantwortlich zu machen (Murakawa/Bitencourt 2020). Zu diesem Zeitpunkt zeigte sich die erste Spaltung in der breiten Rechtskoalition, die Bolsonaro zum Wahlsieg verholfen hatte. Denn die konservativen Gouverneure von São Paulo und Rio Grande do Sul und der rechte Gouverneur von Rio de Janeiro, die Bolsonaro im Wahlkampf unterstützt hatten, leiteten entschlossen Maßnahmen ein, um die Pandemie zu kontrollieren, darunter auch solche, die Bolsonaro nicht befürwortete oder sogar ausdrücklich ablehnte. Während die Gouverneure und Lokalregierungen also im Rahmen ihrer regionalen Befugnisse handelten, stiftete die nationale Regierung vor allem Chaos (Götze 2021: 3). Sehr oft propagierte Bolsonaro selbst sogenannte *fake news*, die die Unsicherheit in der Bevölkerung noch verschärften und zu einer Welle von Falschinformationen über die Pandemie beitrugen (Ricard/Medeiros 2020). Beispiele hierfür sind die schon erwähnte Anwendung von Hydroxychloroquin, das Vollziehen von Heilungsriten der neopentekostalen Kirchengemeinden zur Heilung von Covid-19 sowie Verschwörungsmythen gegen China, das die Lieferung von Impfstoffen bewusst verlangsamten würde (Ricard/Medeiros 2020). Zwei aus konservativen Bündnissen und Parteien stammende Gesundheitsminister – Luiz Henrique Mandetta und Nelson Teich – wurden 2020 entlassen, weil sie sich dafür einsetzten, den globalen Protokollen zur Kontrolle der Pandemie zu folgen und weil sie die wissenschaftlich umstrittene Verwendung von Hydroxychloroquin zur Behandlung von Covid-19 offen kritisierten (Domingues 2020).

In Brasilien wird jeden Tag deutlicher, dass Bolsonaro das Verbreiten von Chaos als politische Strategie einsetzt, um von seiner Inkompetenz und vor allem von seinen fragwürdigen Interessen abzulenken (Götze 2021). Dies hat nicht nur eine effiziente Bekämpfung der Pandemie verunmöglicht, es beeinträchtigt auch die Arbeit des Gesundheitsministeriums: Seit dem Amtsantritt Bolsonaros im Januar 2019 und im Verlauf der Pandemie hatte Brasilien so viele Gesundheitsminister wie in den acht Jahren der Lula-Regierung zwischen 2003 und 2011. Mit der Arbeit der *CPI da Pandemia* wird nun Bolsonaros Art Politik zu machen öffentlich in Frage gestellt. Auch erste Risse in seiner eindeutigen Popularität der letzten Jahre lassen sich feststellen. Die neusten Umfragen seit Juni 2021 weisen darauf hin, dass die Ablehnung Bolsonaros in der Bevölkerung zunimmt und er in verschiedenen Szenarien, sprich gegen Kandidat:innen verschiedener Parteien, die nächsten Präsidentschaftswahlen im Oktober 2022 verlieren würde (G1 2021).

Pandemie und Menschenrechte

Die politischen Konflikte und die gesellschaftliche Empörung über das Pandemie-Management der Regierung verdecken Problemlagen, die sich nicht nur mit der Pandemie, sondern auch mit der damit einhergehenden Krise verschärft haben: Brasilien ist im letzten Jahr ärmer, ungleicher und prekärer geworden. Der Anteil der arbeitslosen Bevölkerung ist von 12,9 Prozent im März 2020 auf 14,7 Prozent im Mai 2021 gestiegen, d.h. 14,8 Millionen Menschen sind ohne Arbeit (IBGE 2021). Bei den Frauen liegt der Arbeitslosenanteil bei 19 Prozent (IBGE PNAD 2021). Zudem ist der Anteil derjenigen, die als „freiberuflich“ oder „kleine Unternehmer:innen“ (*trabalho por conta própria*) tätig sind seit dem Ausbruch der Pandemie deutlich gestiegen. Insgesamt sind mehr als 40 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung im informellen Sektor tätig. Dadurch verfügen sie über keine soziale Absicherung. Eine Studie der *Fundação Getulio Vargas* (FGV) zeigt, dass diejenigen, die bereits vor der Pandemie sozial benachteiligt waren, ärmer geworden sind: Während die sogenannte Mittelschicht mit einem Einkommensverlust von zehn Prozent umgehen muss, haben sich für ärmere Haushalte die Einkommen um mehr als 20 Prozent reduziert (Neri 2021).

Einerseits ist die rund um die 2010er Jahre zelebrierte „neue Mittelschicht“ bzw. die „neue Klasse C“ in Brasilien gerade im freien Fall (Neri 2013; Pochmann 2012). Laut einer Studie von Neri (2021), der in den letzten Jahren die Herausbildung dieser Klasse erforscht und dabei den

Begriff der „neuen Klasse C“ mitgeprägt hat (siehe auch Neri 2013, 2010), ist die bereits instabile, jedoch positive wirtschaftliche Konjunktur, die diese „aufkommende“ Klasse in den „Lula-Zeiten“ unterstützt hat, längst Geschichte (Neri 2021: 4). Andererseits waren durchschnittlich 40 Prozent der brasilianischen Haushalte im November 2020 auf die Corona-Nothilfe angewiesen (*Auxílio Emergencial*). Hierbei zeigten sich regionale Unterschiede: In den historisch benachteiligten Bundesstaaten im Norden Brasiliens (Amazonas, Acre, Amapá) waren bis zu 70 Prozent der Haushalte auf die Nothilfe angewiesen (IBGE PNAD-COVID 2021). Sie erhielten ca. 600 Reais pro Monat (gerade mal 100 Euro). In vielen Familien stellte die Nothilfe die einzige „sichere“ Einkommensquelle dar. Kurzum: Die wirtschaftliche Krise, die nicht erst mit der Pandemie, sondern bereits mit der Krise der Rohstoffpreise Mitte der 2010er Jahre eingesetzt hat (Boris 2018; Vestena 2020), trifft in erster Linie die informellen Beschäftigten, die über wenig oder keine Rücklagen verfügen. Die Vulnerabilität dieser Gruppen liegt daher in doppelter Weise vor: Sie sind vulnerabel gegenüber der Gefahr der Verelendung und der Ansteckung mit dem Corona-Virus.

Ausgehend von den sozialen Verwerfungen, die die Pandemie ausgelöst hat und dem politischen Kontext, auf den die Pandemie in Brasilien trifft, möchte ich im Folgenden drei aktuelle Entwicklungen näher betrachten, die sich in sozialen Problemlagen wie Hunger, Zunahme von Gewalt sowie Verletzungen von Arbeits- und Menschenrechten beobachten lassen.

Hunger und extreme Armut sind nach einer Phase von Stabilisierung in den letzten fünfzehn Jahren, während der Regierungen der Arbeiterpartei, erneut zu zentralen Problemen in Brasilien geworden. Die deutliche Zunahme der Arbeitslosigkeit und die Informalität der Arbeit haben einen großen Anteil der Brasilianer:innen wieder mit der Realität einer Hungersnot konfrontiert. Eine Studie der Forschungsgruppe *Food for Justice* der Freien Universität Berlin hat aufgezeigt, dass während der Pandemie fast 60 Prozent der brasilianischen Haushalte irgendeiner Form von Ernährungsunsicherheit ausgesetzt waren bzw. weiterhin sind (Galindo et al. 2021). Aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen und gestiegener Preise mussten sie auf bestimmte Lebensmittel verzichten und den Konsum von wichtigen Nährstoffen, wie Eiweiß, reduzieren. Spendenaufrufe für Lebensmittel sind in Brasilien wieder üblich geworden: Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen organisieren in den Großstädten des Landes die Verteilung von Nahrungsmitteln für Obdachlose und andere Bedürftige, zu denen paradoxe Weise auch die Arbeiter:innen global agierender Essenslieferdienste gehören, die ihre Essensbestellungen stadtweit ausliefern (Pomar 2021).

Neben Hunger bedroht die Aussetzung von Arbeitsrechten in der Industriegüterproduktion die Einhaltung von Menschenrechten in Brasilien. Dies zeigt sich unter anderem im industriellen Textilsektor (Scheper/Vestena 2020). Ein Bericht der internationalen Organisation *Fair Labour Association* betont, dass während der vorläufigen Fabrikschließungen ab März 2020 Arbeiter:innen gezwungen wurden, ihren Erholungspausen zu nehmen sowie per Dekret die monatlichen Zahlungen an staatliche soziale Sicherungsdienste für zwei Monate suspendiert wurden (Fair Labor Association 2020). 20 Prozent der Beschäftigten im Textilsektor wurden entlassen, was vor allem Frauen (2019 machten diese 75 Prozent der Arbeitskraft des Sektors aus) und Wanderarbeiter:innen betraf (ABIT 2020). Migrantinnen aus anderen südamerikanischen Ländern, die in der städtischen Industrie (zum Beispiel im Textilsektor) und im Dienstleistungssektor aktiv sind, waren die am stärksten Betroffenen in diesem Kontext: Die lang etablierte Logik der Unterauftragsvergabe und informeller Beschäftigung führte dazu, dass diese Arbeiter:innen selbst zahlen müssen, um arbeiten zu können. Zahlungen erfolgen erst nach der Lieferung und je nachdem, wie viele fertige Kleidungsstücke produziert wurden. „Selbstständige“ Textilarbeiter:innen arbeiten überwiegend in ihrer eigenen Wohnung oder bestenfalls in Produktionslagern, die von anderen Migrant:innen verwaltet werden. Dafür übernehmen diese in der Regel die Produktionskosten, d.h. die Kosten für Strom und Miete des Arbeitsplatzes (Business & Human Rights 2020; Leite et al. 2017). Im ersten Pandemie-Jahr haben acht von zehn Migrant:innen den Arbeitsplatz in der Bekleidungsindustrie in São Paulo verloren (Business & Human Rights 2020). In derselben Studie berichten 78 Prozent der befragten Arbeiter:innen, dass sie weniger Geld pro geliefertes Kleidungsstück erhalten haben und somit Schwierigkeiten hatten, ihre Familien zu ernähren bzw. sich teilweise verschulden mussten, um die Miete zu finanzieren (Business & Human Rights 2021).

Von einem Rückgang der Arbeitsrechte und der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen berichten NGOs auch in der Agrarindustrie. Dabei beziehen sich die Berichte auf Diskussionen um „moderne Sklaverei“ in diesem Sektor. Mitglieder der Staatsanwaltschaft (*Ministério Público da União*) und der zivilgesellschaftlichen Organisation *Comissão Pastoral da Terra* (CPT) berichten, dass 2020 Fälle moderner Sklaverei oder sklavenähnlicher Arbeitsbedingungen zugenommen haben (CPT 2021). Das hängt auch damit zusammen, dass während der Pandemie die Überprüfung der Einhaltung von Arbeitsrechten und des Arbeitsschutzes auf Plantagen oder in weiterverarbeitenden Industrien weder durch staatliche noch zivilgesellschaftliche oder private Akteur:innen möglich war (CPT 2021).

So konnte aufgrund der mangelnden Kontrollen der Schutz der Arbeiter:innen während der Pandemie nicht gewährleistet werden.

Nicht nur in Städten, sondern auch in ländlichen Regionen berichten dieselben Organisationen über einen deutlichen Anstieg von Menschenrechtsverletzungen und Gewalt im Kontext von Landkonflikten während der Pandemie. Die CPT hat im Jahr 2020 mehr als 1.500 Fälle von Landkonflikten dokumentiert und eine Zunahme von 25 Prozent im Vergleich zu 2019 festgestellt. In 41 Prozent dieser Fälle ging es um die irreguläre Besetzung von indigenem und daher geschütztem Land, Verfolgung indigener Aktivist:innen oder unmittelbare physische Gewalt gegen indigene Völker. Auch spezifische frauenfeindliche Gewaltformen hat die CPT dokumentiert: Ein relevanter Teil der Mordversuche, Übergriffe, Morddrohungen, Verhaftungen, Vergewaltigungen und Körperverletzungen richtete sich 2020 im Kontext von Landkonflikten gegen Frauen sowie landlose Bäuer:innen oder Quilombolas (sprich: afrobrasiliianische Nachfahren ehemaliger Sklav:innen).

Diese Beispiele veranschaulichen den Anstieg von Prekarisierung, Unsicherheit und Gewalt in Brasilien, der aufgrund der akuten Pandemie-Krise teilweise weniger thematisiert wird. Er gibt gleichzeitig einen Hinweis darauf, dass die Handlungen und Unterlassungen einer rechten, kalkuliert chaotisch und vor allem destruktiv vorgehenden Regierung konkrete Auswirkungen auf das Leben von Menschen in Brasilien hat.

Fazit: Brasilien noch tiefer in der politischen und sozialen Krise

Während Präsident Bolsonaro die Komplexität und die Risiken der Pandemie aktiv verleugnet und seine öffentlichen Auftritte sowie offiziellen Kommunikationskanäle als Bühne nutzt, um persönliche Interessen zu vertreten, werden relevante Sektoren der Gesundheitsversorgung und der Produktion vernachlässigt oder der exklusiven Verantwortung der regionalen und lokalen Regierungen überlassen. Die Ressourcenknappheit nach Jahren der Kürzungen, gepaart mit einer Regierungsstrategie, die absichtlich darauf abzielte Chaos zu schüren, hat die Handlungsfähigkeit des SUS und des Gesundheitsministeriums im Umgang mit der Pandemie extrem eingeschränkt. Das unmittelbare Ergebnis einer Gesundheitspolitik, die durch Desinvestitionen und strukturelle Kürzungen gekennzeichnet ist, wird in den humanitären Folgen der Pandemie in Brasilien offensichtlich (Ortega/Orsini 2020).

Die bestenfalls holprige Strategie der Bundesregierung scheint es zu sein, Chaos zu stiften und regionale und lokale Regierungen zu diskredi-

tieren. Dabei nehmen nicht nur soziale Konflikte und Gewalt zu. Fundamentale Verfassungsprinzipien und Rechte wie die Menschenwürde, das Recht auf Arbeit und auf Gesundheit sowie die Prinzipien der Transparenz und Teilhabe der Arbeiter:innen werden ebenfalls weitgehend missachtet. Die in der Verfassung verankerte Pflicht vulnerable Bevölkerungsgruppen aktiv zu schützen, wird von der Regierung nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil: Die durch die offiziellen Kanäle verbreiteten Verschwörungsmythen erhöhen die Unsicherheit der Bevölkerung im Umgang mit der Pandemie. Das Regierungsnarrativ rechtfertigt zudem die zunehmenden Verletzungen von Arbeits- und Menschenrechten von Arbeiter:innen und denjenigen, die als konstruierte Feind:innen der Regierung angesehen werden: Frauen, Indigene, Quilombolas sowie Menschenrechtsaktivist:innen.

Literatur:

- ABI, Associação Brasileira de Imprensa (2021): *Nota Oficial: Bolsonaro Renuncia*. [<http://www.abi.org.br/nota-oficial-renuncia-presidente/>], letzter Aufruf 29.06.2021.
- ABIT, Associação Brasileira da Indústria Têxtil e de Confecção (2020): *Nova avaliação sobre os impactos do Coronavírus* [<https://www.abit.org.br/uploads/arquivos/Nova%20avaliacao%20impactos%20Covid.19.pdf>], letzter Aufruf 29.06.2021.
- Almeida, Ronaldo de (2019a): Bolsonaro presidente: conservadorismo, evangelismo e a crise Brasileira, in: *Novos estudos CEBRAP*, 38, 185–213.
- Almeida, Ronaldo de (2019b): Deus acima de todos, in: Sérgio Henrique Abrantes (Hg.): *Democracia em risco? 22 ensaios sobre o Brasil hoje*. São Paulo: Companhia das Letras, 23–33.
- Anderson, Perry (2019): *Brazil apart 1964–2019*. London: Verso.
- Biroli, Flávia (2021): *Triumph der Frauen? Das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus und -extremismus in ausgewählten Ländern. Fallstudie Brasilien (Fallstudie)*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Boris, Dieter (2018): Politischer Tsunami in Brasilien, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 116, 152–161.
- Brand, Ulrich (Hg.) (2016): *Lateinamerikas Linke: Ende des progressiven Zyklus? Eine Flugschrift*, Hamburg: VSA Verlag.
- Bravo, Maria Inês Souza; Pelaez, Elaine Junger (2020): A saúde nos governos Temer e Bolsonaro: lutas e resistências, in: *SER Social Estado, Democracia e Saúde*, 22, 191–209.

- Business & Human Rights, Resource Centre (2020): *Mascarando a Miséria: A Pandemia de COVID-19 e as(os) trabalhadoras(es) migrantes da indústria da moda de São Paulo*. Business & Human Rights Resource Centre. São Paulo: Centro de Informação sobre Empresas e Direitos Humanos [https://media.business-humanrights.org/media/documents/mascarando_a_miseria_FINAL_AXfBsi.pdf], letzter Aufruf 29.06.2021.
- Campos, João Pedro de; Siqueira, André (2020): Bolsonaro lidera corrida eleitoral de 2022 em todos os cenários, mostra pesquisa, in: *VEJA* [<https://veja.abril.com.br/politica/pesquisa-exclusiva-bolsonaro-e-o-favorito-da-corrida-eleitoral-em-2022/>], letzter Aufruf 29.06.2021.
- Castro, Marcia C.; Massuda, Adriano; Almeida, Gisele; et al. (2019): Brazil's unified health system: the first 30 years and prospects for the future, in: *The Lancet*, 394, 345–356.
- Chueri, Juliana (2018): *Bolsonaro: Radical Right-Wing Populism reaches Brazil*, Centre for Analysis of the Radical Right [<http://www.radicalrightanalysis.com/2018/09/07/bolsonaro-radical-right-wing-populism-reaches-brazil/>], letzter Aufruf 29.06.2021.
- Costa, Sérgio (2018): Estrutura Social e Crise Política no Brasil, in: *Dados*, 61, 499–533.
- CPI, Comissão Parlamentar de Inquérito da Pandemia de Covid (2021): *CPI da Pandemia (2021)* [<https://legis.senado.leg.br/comissoes/comissao?codcol=2441>], letzter Aufruf 23.08.2021.
- CPT, Comissão Pastoral da Terra (2021): *Conflitos no campo*, Brasil, Goiânia: CPT.
- Domingues, José Maurício (2020): Brazil: Half Blind in the Coronavirus Crisis, in: *Covid-19 Social contracts around the world. How states acted and populations reacted* Nr. 4, Johannesburg: Public Affairs Research Institute.
- Fair Labor Association (2020): *Country-specific updates on provisions for workers in response to the COVID-19 Pandemic* [<https://www.fairlabor.org/blog/entry/country-specific-updates-provisions-workers-response-covid-19-pandemic>], letzter Aufruf 29.06.2021.
- Falkenbach, Michelle; Greer, Scott L. (2018): Political parties matter: the impact of the populist radical right on health, in: *European Journal of Public Health*, 28, 15–18.
- Galindo, Eryka; Teixeira, Marco Antonio; de Araújo, Melissa; et al. (2021): Efeitos da pandemia na alimentação e na situação da segurança alimentar no Brasil, vorgestellt in: *Food for Justice Working Paper Series* [<https://doi.org/10.17169/refubium-29554>], letzter Aufruf 29.06.2021.
- Götze, Tilia (2021): Urbane Entwicklungen. Die Expansion der Milizen in Rio de Janeiro. *KOBRA-Berichte*, Freiburg: Kooperation Brasilien. [<https://www.kooperation-brasilien.org/de/publikationen/dossiers/urbane-entwicklungen-1/kobra-projektbericht-mai-2021.pdf>], letzter Aufruf 29.06.2021.
- G1, Jornal O Globo (2021): *Lula tem 49 % e venceria no 1º turno, diz Ipec*, [<https://g1.globo.com/politica/noticia/2021/06/25/lula-tem-49percent-bolsonaro-23percent-ciro-7percent-doria-5percent-e-mandetta-3percent-no-1o-turno-aponta-pesquisa-ipac.ghtml>], letzter Aufruf 29.06.2021.

- IBGE PNAD (2021): Pesquisa Nacional por Amostra de Domicílios – PNAD Contínua, Rio de Janeiro: Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística.
- IBGE PNAD-COVID (2021): *Pesquisa Nacional por Amostra de Domicílios – COVID*, Rio de Janeiro: Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística.
- Langevin, Mark S. (2020): Bolsonaro's new Alliance for Brazil is a lesson in the politics of loyalty and campaign finance, in: *LSE Latin America and Caribbean. LSE Latin America and Caribbean blog* vom 24.01.2020. [<https://blogs.lse.ac.uk/latamcaribbean/2020/01/24/bolsonaros-new-alliance-for-brazil-is-a-lesson-in-the-politics-of-loyalty-and-campaign-finance>], letzter Aufruf 29.06.2021.
- Lasco, Gideon (2020): Medical populism and the COVID-19 pandemic, in: *Global Public Health*, 15, 1417–1429.
- Leite, Marcia de Paula; Silva, Sandra Roberta Alves; Guimarães, Pilar Carvalho (2017): O Trabalho na Confecção em São Paulo: as novas formas da precariedade, in: *Caderno CRH*, 30, 51–67.
- Mathieu, Edouardo; Ritchie, Hannah; Ortiz-Ospina, Esteban, et al. (2021): A global database of COVID-19 vaccinations, in: *Nature Human Behaviour*, 5, 947–953.
- Neri, Marcelo Côrtes (2021): *Bem-Estar Trabalhista, Felicidade e Pandemia – Sumário Executivo*, FGV Social, Rio de Janeiro: Fundação Getulio Vargas.
- Neri, Marcelo Côrtes (2013): *A Nova Classe Média – o Lado Brilhante da Pirâmide*, Rio de Janeiro: Editora FGV.
- Neri, Marcelo Côrtes (2010): *A Nova Classe Média: O Lado Brilhante dos Pobres*, Rio de Janeiro: FGV/IBRE/CPS.
- Ortega, Francisco; Orsini, Michael (2020): Governing COVID-19 without government in Brazil: Ignorance, neoliberal authoritarianism, and the collapse of public health leadership, in: *Global Public Health*, 15, 1257–1277.
- Pochmann, Márcio (2012): *Nova Classe Média? O trabalho na base da pirâmide social brasileira*, São Paulo: Boitempo editorial.
- Pomar, Marcos Hermanson (2021): Entregadores de comida fazem fila para receber marmitas doadas em SP, in: *Uol Cotidiano* vom 03.09.2021 [<https://noticias.uol.com.br/cotidiano/ultimas-noticias/2021/03/09/entregadores-de-comida-fazem-fila-para-receber-marmitas-doadas-em-sp.html>], letzter Aufruf 29.06.2021.
- Quadros, Marcos Paulo dos Reis; Madeira, Rafael Machado (2018): Fim da direita envergonhada? Atuação da bancada evangélica e da bancada da bala e os caminhos da representação do conservadorismo no Brasil, in: *Opinião Pública*, 24, 486–522.
- Ricard, Julie; Medeiros, Juliano (2020): Using Misinformation as a political weapon: COVID-19 and Bolsonaro in Brazil, in: *Harvard Kennedy School Misinformation Review*, 1, 1–3.
- Scheper, Christian; Vestena, Carolina A. (2020): Die Pandemie offenbart die Defizite des transnationalen Menschenrechtsschutzes: Ein Plädoyer für eine Konflikt-perspektive auf globale Lieferketten, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*, 9, 429–441. [<https://doi.org/10.1007/s42597-020-00052-y>].

Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in Zeiten der Covid-19-Pandemie in Brasilien

- Ventura, Deisy F. L.; Aith Fernando M. A.; Rached, Danielle Hanna (2020): A emergência do novo coronavírus e a „lei de quarentena“ no Brasil, in: *Revista Direito e Práxis*, 12, 102–138.
- Vestena, Carolina A. (2020): Brasilien: Aus dem demokratisch progressiven Experiment in den Abgrund, in: Book, Carina; Huke, Nikolai; Tietje, Olaf; Tiedemann, Norma (Hg.): *Autoritärer Populismus*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 72–84.

